

Herr Strack informiert, dass den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 20.06.2022 der Entwurf des Jahresabschlusses 2021 zugeleitet worden sei. Wichtige Eckdaten:

- voraussichtlicher Überschuss von ca. 89.000 €, geplant sei ursprünglich ein Fehlbetrag von ca. 25.000 € gewesen;
- eine Isolierung von fiskalischen Schäden aus Corona sei nicht erforderlich gewesen und daher nicht erfolgt;
- trotz Corona seien die Steuererträge erfreulich verlaufen (Gewerbsteuer ca. 600.000 € über Planansatz, Beteiligung an der Einkommensteuer nur knapp 300.000 € unter dem Planansatz);
- im Bereich Personal/Versorgung seien die Aufwendungen deutlich geringer als geplant ausgefallen (ca. 740.000 €).

Sodann leitet Herr Strack auf den 1. Quartalsbericht 2022 über. Es sei relativ ungewöhnlich, dass im 1. Quartal 2022 die Einnahmen durch die Gewerbesteuer geringer als geplant ausfielen (18,31 % anstatt ca. 25 % des geplanten Ansatzes in 2022). Diese Entwicklung sei beunruhigend und müsste im Blick behalten werden.

Zuletzt teilt Herr Strack mit, dass die Bewirtschaftungskosten (siehe S. 10 des Quartalsberichtes) aufgrund der derzeitigen Erhöhung von Gas- und Strompreisen mittelfristig steigen würden. Bis Ende des Jahres sei keine Preissteigerung im Bereich der Stromkosten zu erwarten, da bis 31.12.2022 ein Festvertrag existiere. Der Festvertrag für Gas ende zum 30.09.2022. Dies bedeute, dass ab dem 4. Quartal 2022 eine Preissteigerung zu erwarten sei. Aktuell seien rund 280.000 € (70.000 € pro Quartal) an Bewirtschaftungskosten für Gas im Haushalt eingeplant. Stand heute habe sich der Gaspreis verfünffacht. Wie die Gaspreise sich tatsächlich entwickelten, bliebe abzuwarten. Bis auf zwei Gebäude würden alle gemeindlichen Gebäude mit Gas beheizt. Die Verwaltung erarbeite derzeit ein Konzept, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um vor allem im Winter Gas einzusparen.

Festzuhalten bleibe, dass der Haushalt für 2023 voraussichtlich eine 6-stellige Mehrbelastung durch die steigenden Energiekosten zu tragen habe. Die Mehrbelastung sei jedoch schwer zu kalkulieren. Die AG Haushalt sollte daher frühzeitig einberufen werden. Aufgrund der ungewissen Entwicklung der Energiekosten und Gewerbesteuer überlege Herr Strack, ggf. nach den Sommerferien eine Haushaltssperre zu verhängen, um die Belastungen aufzufangen.

Herr Liene fragt nach, wie hoch der geplante Ansatz für Stromkosten sei, da man im Betriebsausschuss bereits überschlagen habe, dass die Stromkosten sich voraussichtlich verdreifachen würden. Herr Strack antwortet, dass im Haushalt 2022 rund 250.000 € für Stromkosten eingeplant seien. Herr Liene gibt zu bedenken, dass neben den Energiepreisen, u.a. auch die Materialkosten im Baubereich stiegen. Man müsse nun eine Grundsatzdiskussion führen, welche Projekte/Aufgaben man zukünftig priorisiere.

Herr Strack teilt die Bedenken von Herrn Liene. Daher sei es umso wichtiger, dass die AG Haushalt zeitnah nach den Sommerferien tage. Die Verwaltung erarbeite derzeit einen Vorschlag. Herr Strack hofft, dass der Gesetzgeber (Bund und Land) den Kommunen Finanzierungshilfen zur Verfügung stelle, um den Steuerzahler nicht weiter zu belasten.